



Wiener zur Ausnahmeregelung für Brachen: Wo sind jetzt die Brote?

770.000 Hektar an stillgelegten Feldern wurden EU-weit im letzten Jahr wieder bewirtschaftet. Produziert wurde allerdings für Trog statt Teller – zulasten der Artenvielfalt.

Brüssel, 23. Mai. Man müsste angesichts der russischen Invasion in die Ukraine die Versorgung sichern, so das Argument für die Aushebelung der Brachenregelung in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Hunderttausende Hektar an stillgelegten Flächen wurden deshalb im letzten Jahr wieder für den Anbau genutzt – und mit Pestiziden bearbeitet. **Eine Analyse von Global 2000 zeigt nun am Beispiel Österreich:** Für die Welternährung hat das keinen Unterschied gemacht, für den Umweltschutz jedoch sehr wohl.

Sarah Wiener, Grüne Abgeordnete und Mitglied im Agrarausschuss kommentiert: „Vor einem Jahr hat ÖVP-Abgeordnete Simone Schmiedtbauer von 45 Millionen Broten gesprochen, die aus dem Weizen der österreichischen Brachflächen gebacken werden könnten. Auch ihre Parteikollegen und -kolleginnen haben für den Anbau auf Brachen plädiert. Tatsächlich wurden laut Daten des Landwirtschaftsministeriums 18.500 Hektar wieder beackert und davon nur 0,6% für Weizen genutzt. Daraus ergeben sich ungefähr 625.000 Brote. Auf der Hälfte der Felder wurde stattdessen Mais angebaut, ein Futtermittel. **Wo ist jetzt Österreichs Beitrag zur viel beschworenen Hilfe zur Welternährung?**“

Gleichzeitig ist die Gesamtzahl der ökologischen Schwerpunktflächen in Österreich um 56% zurückgegangen, darunter leiden Bienen und Böden. Wiener: „Die Ausnahmeregelungen für Brachen wurden getroffen, obwohl zahlreiche Stimmen aus der Wissenschaft davor gewarnt haben. In der Potsdamer Erklärung haben 660 Forschende schon zu Beginn der Invasion in die Ukraine festgestellt, dass eine nachhaltige Agrarwende notwendiger ist denn je. Den Schutz von Biodiversität zurückzustellen, verschärft die Krise im Gegenteil nur. **Jetzt sehen wir: Gebracht hat der Produktionsturbo wenig.** Gleichzeitig wurden vonseiten der EU weiterhin Öko-Prämien für stillgelegte Flächen ausbezahlt, die gar nicht stillgelegt waren. Bis zu 65 Millionen Euro hat das die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen gekostet, allein über eine Million Euro in Österreich.“

Wiener schließt: „**Die Brachen wieder zu bewirtschaften war ein Schnellschuss ins Leere.** Jetzt gilt es, dieses Desaster nicht zu wiederholen, die stillgelegten Flächen ruhen zu lassen und vor

allein, die Farm-to-Fork-Strategie voranzutreiben. Am Ende bringen uns nachhaltige Systeme Ernährungssicherheit und nicht die Abkehr von Ökologisierung.“

[Link zur Analyse von Global 2000](#)

Rückfragehinweis:

Ludmilla Reisinger/Pressesprecherin Sarah Wiener,
MdEPludmilla.reisinger@la.europarl.europa.eu
+43660 3213732